

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Jahresabonnementpreis 0,75 Mt.;
freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Verbandsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 51.

Berlin, Mittwoch, 25. Juni 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Rückwirkung der Heeresvergrößerung auf die soziale Lage der Arbeiter. — Deutschlands Handel mit den außereuropäischen Ländern 1912. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Literatur. — Anzeigen.

Die Rückwirkung der Heeresvergrößerung auf die soziale Lage der Arbeiter.

Noch ist der Kampf um die Heeresvorlage im Reichstage nicht beendet; ihr Schicksal ist darum aber doch schon entschieden. Das Kriegsministerium kann sich vergnügen die Hände reiben; es hat die größte Militärvorlage, die je dem deutschen Volke zugemutet wurde, bereits unter Dach und Fach. Was es gewünscht, hat es glatt bewilligt bekommen; die zeringfügigen Abstriche, die der Reichstag vorgenommen hat, können, selbst wenn die drei Kavallerie-Regimenter auch in der dritten Lesung gestrichen bleiben sollten, den großen Erfolg der militärischen Kreise in keiner Weise mehr beeinträchtigen. Das gesamte deutsche Volk wird sich also damit abzufinden haben, daß es vom künftigen Oktober ab jährlich 136 000 Mann mehr unter die Waffen zu stellen hat.

Vor 25 Jahren, als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, betrug die Friedensstärke unseres Heeres rund 470 000 Mann, fortan wird sie sich (ohne Offiziere und Einjährige) auf 770 000 stellen. Das ist eine Steigerung von 300 000 Mann. Alles in Allem verfährt Deutschland jetzt über vier bis fünf Millionen ausgebildeter Mannschaften. Wir harren also förmlich in Waffen.

Sat die zahlenmäßige Entwicklung unseres Volkes damit Schritt gehalten? Bis jetzt ungefähr. 1888 zählte das Deutsche Reich 48,1 Millionen Menschen, 1912 bereits 66,3. Ein Prozent der Bevölkerung stand damals unter den Waffen, 1912 waren es, nachdem 1911 dreißigttausend Mann neu angefordert waren, etwas mehr. Im Ganzen 688 000 Mann. Durch die neue Heeresvergrößerung wird diese ruhige organische Entwicklung verlassen. 136 000 Menschen mehr werden der deutschen Volkswirtschaft plötzlich entzogen werden. Damit schnell der Prozentfuß sich auf ungefähr 1,2 hinauf. Wird die deutsche Volkswirtschaft diesen Verfall an Menschen ohne Kräfte überwinden? Das ist die erste Frage.

Bom Menschen zum Kapital, dem zweiten Hauptfaktor der Volkswirtschaft! Im Jahrzehnt 1891/1900 hat Deutschland (nach den Berechnungen des Geh. Oberfinanzrats Schwarz) durchschnittlich 790 Millionen Mark im Jahre für Heer und Marine ausgegeben. Im nächsten Jahrzehnt (1901/1910) waren es bereits 1,17 Milliarden Mark. Durch die neue Heeresvermehrung erhöht sich diese Summe, abgesehen von den in den beiden letzten Jahren hinzugekommenen finanziellen Mehrleistungen, noch um jährlich gegen 200 Mill. Mark und einen einmaligen Beitrag in Höhe von rund einer Milliarde. Doch damit sind unsere finanziellen Leistungen für die „schimmernde Wehr“ noch keineswegs erschöpft. Denn mindestens hundert Millionen Mark müssen wir des weiteren für die Verzinsung der zu Aufwandszwecken aufgenommenen Anleihen in Rechnung stellen. Und bringt man schließlich auch den gewaltigen Produktionsausfall in Anbetracht, der unserer Volkswirtschaft durch die Entziehung gerade der kräftigsten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte entfließt, so kommt man (mit Gotheim) für Deutschland zu einer Jahreslast der Wristung, die bald vier Milliarden Mark betragen dürfte.

Kein Wunder, daß das Reich bei solchen finanziellen Anforderungen für das Militär fortwährend auf der Suche nach neuen Geldquellen war. Schon 1906 wollte man mit der Schuldendienstreform aufräumen. Aber die „kleine Finanzreform“ erwies sich als ein Fehlschlag. Von den geforderten 250 Millionen Mark pro Jahr bewilligte der Reichstag 180. Und von diesen 180 kamen überhaupt nur 110 Millionen wirklich ein. Drei Jahre später folgte die „große Finanzreform“. Diesmal wollte man 500 Millionen Mark pro Jahr haben, und damit sollte es aber auch für eine lange Weile genug sein. Und eben erst sind wieder drei Jahre ins Land gegangen, als außer einer Milliarde auf einmal noch an 200 Millionen Mark pro Jahr verlangt werden. Kaum sind Industrie, Handel und Gewerbe, die durch die letzte Reichsfinanzreform am schwersten betroffen waren, wenn man in diesem Zusammenhang von der Masse des Volkes absieht, einigermaßen zur Ruhe gekommen, da werden sie schon von einem neuen Steuergepennt überfallen. Wird unsere Volkswirtschaft auch diesen neuen Schlag ertragen können?

Damit kommen wir zum eigentlichen Thema, zur Frage, wie weit der Arbeiter an diesen Vorgängen berührt wird. Man hat, das soll nicht verkannt werden, die Lasten dieses Mal vorzugsweise auf die Schultern der Bestehenden geschoben, oder beabsichtigt es wenigstens. Aber darum wird sie der Arbeiter doch spüren, wenn auch nur indirekt. Denn jeder wird, das ist ein ganz natürlicher Vorgang, die ihm neu aufgebürdeten Lasten irgendwie auf andere abwälzen suchen. Verschiedene Möglichkeiten sind da vorhanden. Der Gewerbetreibende wird, wenn möglich, entweder seine Preise erhöhen, oder er wird an Personal sparen oder die Löhne niedriger bemessen. Jedenfalls wird er auf irgendeine Art und Weise das wieder einzubringen suchen, was ihm der Staat abnimmt. Vielleicht wird er auch seinen Betrieb rentabler zu gestalten suchen, indem er ihn erweitert.

Nehmen wir das letztere Moment voran. Nur die Betriebe, die von den in Aussicht stehenden militärischen Lieferungen profitieren, die Waffen- und Munitionsfabriken also vor allem, werden ihr Personal vergrößern, schon um dem Drängen der Militärverwaltung nach rascher Lieferung nachkommen zu können. Die übrige Geschäftswelt aber wird eher das Gegenteil tun. Für sie heißt es, sich auf der ganzen Linie einschränken. Das Geld ist so knapp und teuer — der Reichsbank-Diskont steht zur Zeit auf sechs Prozent —, daß selbst die eben an den Markt gebrachten Anleihen Preußens und des Reichs noch nicht zur Hälfte gezeichnet wurden, obwohl sie zu dem billigen Kurse von 97 auf 100 Mark, dazu noch zu vier Prozent verzinst, aufgelegt wurden. Aber dieser in der Geschichte der deutschen Anleihen ganz seltene Vorgang ist keineswegs das erste Anzeichen dafür, daß unsere wirtschaftliche Konjunktur sehr bald in eine Krise umzuschlagen droht, die durch die finanziellen Anforderungen des Reichs zur Deckung der neuen Militärlasten noch zweifellos verschärft werden wird. Auch aus den einzelnen Industrie- und Gewerbebezügen kommen bereits erste Klagen über den Rückgang der Konjunktur, aus der Eisen-, der Elektrizitäts-, und der Maschinen-Industrie, vor allem aber vom Baumarke. Daß diese Vorgehen eines nahenden wirtschaftlichen Rückganges sich nicht bloß auf Deutschland beschränken, sondern auch für andere Länder Geltung haben, beweisen z. B. die finan-

ziellen Vorsichtsmaßnahmen der amerikanischen Regierung. Will sich die Krise vom Jahre 1908 wiederholen?

Für den Arbeiter taucht damit das Gepennt der Arbeitslosigkeit auf. Gewiß wird sie nicht ganz so umfangreich sein wie während der früheren Wirtschaftskrisen, weil ja gleichzeitig 136 000 Mann mehr zum Militär einogen werden und sich so die Nachfrage nach Arbeitsgelegenheit verringert. Andererseits sind die Militärpflichtigen meist junge Leute, die noch am ehesten infolge ihrer frischen körperlichen und geistigen Kräfte Unterkommen in Betrieben finden und zum Unterhalte der elterlichen Familie mit beitragen. Durch ihre militärische Einberufung verchiebt sich aber dieses Verhältnis vollständig. Statt Gebende werden sie Nehmende. Denn kaum ein Soldat kommt ohne einen Zuschuß von Hause aus, sei es in Geld, sei es in Naturalien. Die Last des Familienvaters erhöht sich also plötzlich um das Doppelte. Geringere Einnahmen, größere Ausgaben.

Doch damit erschöpft sich die Rückwirkung der neuen Militärlasten auf die werktätige Bevölkerung noch lange nicht. Wie nach der letzten Reichsfinanzreform sehr rasch eine Verteuerung fast der gesamten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände eintrat, so wird, wenn auch nicht in demselben Umfange, sich dieses Schauspiel jetzt wiederholen. Vielleicht nicht gleich, weil eben überall das Geld knapp ist und sich jeder in seinem Konsum einige Beschränkungen auferlegen wird; höhere Preise würden diesen Vorgang aber nur noch verschärfen. Doch allmählich wird sich ganz automatisch, dank der vielen Preisfaktoren aller Art, diese Anpassung der Preise an die größer gewordenen Geschäftskosten (wenn man ganz allgemein auch die Steuern darunter rechnet) vollziehen. Und der letzte, den die Günde heizen, ist dann doch die große Masse des Volkes.

Indessen hat der Gewerbetreibende noch eine Möglichkeit, sich einen Ausgleich zwischen seinen Einnahmen und den plötzlich gestiegenen Ausgaben zu schaffen. Das ist die Herabsetzung der Löhne. Freilich wird er in den meisten Fällen nicht eine Kürzung der Löhne vornehmen können, indem er seine Arbeiter geringer bezahlt. Dem stellen sich zum Glück heute schon die vielen langbefristeten Tarifverträge und ihre Träger, die Organisationen, entgegen. Aber er wird sein Arbeiter-Material anders zusammenstellen. Und damit sind wir ganz von selbst zu zwei der schwersten sozialen Probleme der modernen Zeit gekommen. Zur Frage der ausländischen Arbeiter und zur Frage der Frauenarbeit. Beide werden in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle in unserer Volkswirtschaft spielen. Im Augenblick im Sinne der Preisdrückerei. Später, wenn die bevorstehende Wirtschaftskrise vorüber und die Nachfrage nach Arbeitern wieder rasch im Zunehmen ist, werden die ausländischen Arbeiter und die Frauen in die Riehe, die die Heeresvermehrung im Arbeiter-Material herbeigerufen hat, einzuwirken müssen. Dabei ist heute schon fast eine Million ausländischer Arbeiter jahraus, jahrein in Deutschland beschäftigt, und die Zahl der erwerbstätigen Frauen hat die zehnte Million bereits überschritten.

So kann man, zusammenfassend, ohne weiteres sagen, daß die neue Heeresvergrößerung ungünstig auf die soziale Lage des Arbeiters einwirken wird.

Deutschlands Handel mit den außereuropäischen Ländern 1912.

Von der Steigerung des Wertes des deutschen Gesamthandels ist der Handel mit den fremden Erdteilen ziemlich gleichmäßig ergriffen worden. Die Einfuhr aus Amerika ist von 2462,2 auf 2886,5, diejenige aus Asien von 856,0 auf 1006,4, aus Afrika von 416,7 auf 478,6, aus Australien von 273,1 auf 304,2 Mill. Mk. angewachsen. Die Ausfuhr hob sich nach Amerika von 1361,9 auf 1496,4, nach Asien von 383,5 auf 420,2, nach Australien von 91,6 auf 99,9 Mill. Mk. und ging nur nach Afrika von 187,9 auf 185,3 Mill. Mk. zurück.

Unter den Ländern des amerikanischen Kontinents stehen nach wie vor in Ausfuhr und Einfuhr die Vereinigten Staaten an erster Stelle. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist erneut von 1343,4 auf 1586,2 Mill. Mk. emporgeschritten, während die Ausfuhr wenigstens eine Steigerung von 639,8 auf 697,6 Mill. Mk. erfahren hat. Im Handelsverkehr zwischen Deutschland und Argentinien ist infolgedessen eine Verschiebung eingetreten, als die Ausfuhr einen Rückgang von 255,9 auf 239,4, die Einfuhr dagegen eine Steigerung von 369,9 auf 444,9 Millionen Mk. aufweist. Der Handel mit Brasilien zeigt die umgekehrte Entwicklung: die Einfuhr ist von 320,0 auf 313,3 gesunken, die Ausfuhr von 152,0 auf 192,8 Mill. Mk. angewachsen. In Einfuhr und Ausfuhr erheblich zugenommen hat der Handel mit Chile: es bezog für 112,0 gegen 85,4 Millionen Mk. Waren und lieferte solche im Werte von 209,7 gegen 158,4 Mill. Mk. nach Deutschland. Von den kleineren Republiken steigerten die Einfuhr nach Deutschland Bolivien von 36,6 auf 38,3, Ecuador von 12,1 auf 15,8, Guatemala von 27,2 auf 31,6, Mexiko von 31,0 auf 35,5, Uruguay von 35,4 auf 50,3, dagegen nicht Peru, das nur Waren im Werte von 13,5 (20,6) Mill. Mk. nach Deutschland lieferte. Unsere Ausfuhr nach diesen Ländern hat nur zum Teil zugenommen, eine bemerkenswerte Steigerung hat bei keinem Lande stattgefunden. Interessant ist, daß die Einfuhr aus Kanada jetzt schon 58,1, die Ausfuhr dorthin 54,3 Millionen Mk. erreicht hat.

Bei den für die Länder Asiens mitgeteilten Zahlen fällt auf, daß die Einfuhr aus Britisch-Indien von 440,3 auf 533,3, aus Niederländisch-Indien von 184,4 auf 214,9, aus China von 103,3 auf 115,3, aus Japan von 37,6 auf 43,1, aus Persien von 9,5 auf 15,6, von den Philippinen von 5,0 auf 9,4 Mill. Mk. gestiegen ist. Auch die Ausfuhr hob sich zum großen Teile, so nach Britisch-Indien von 99,5 auf 107,5, nach China von 71,8 auf 81,7, nach Niederländisch-Indien von 61,1 auf 74,6 Mill. Mk. nach Japan ging sie allerdings von 112,6 auf 110,6 Mill. Mk. zurück.

Unter den Einfuhrländern Afrikas stehen Britisch-Westafrika, Ägypten und Britisch-Südafrika wie immer an erster Stelle. Aus allen drei Ländern hat die Einfuhr auch ziemlich erheblich zugenommen: von 106,9 auf 118,6 bzw. von 99,5 auf 111,7 bzw. von 55,9 auf 67,2 Mill. Mk. Die Einfuhr aus Belgisch-Kongo sank erneut von 16,5 auf 15,8, dagegen stieg diejenige aus Marokko von 12,5 auf 19,1 und aus Algerien von 25,9 auf 31,5 Mill. Mk. Die Ausfuhr ging fast durchweg zurück, nur nach Marokko, Britisch-Südafrika, Britisch-Westafrika, Algerien, Tunis und Belgisch-Kongo nahm sie in geringem Maße zu.

Die Einfuhr aus und die Ausfuhr nach Australien ging bzw. kam fast ausschließlich aus und nach dem Gebiete des Australischen Bundes, das Waren im Werte von 276,7 (248,2) Millionen Mark nach Deutschland lieferte und für 87,6 (79,7) Mill. Mk. Waren aus Deutschland bezog. Von den Inseln Australiens kommt eigentlich nur Neuseeland noch für Deutschlands Handel in Betracht, da es wenigstens für 8,9 (7,1) Mill. Mk. ein- und für 8,9 (8,7) Mill. Mk. ausfuhrte.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 24. Juni 1913.

Aus dem Reichstag. (Kommission für die Petitionen.) 147. Bericht. Berichterstatter: Abgeordneter Thiele. „Im Namen des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine (S. D.) bittet deren Vorsitzender Herr Karl Goldschmidt-Berlin dringend, der Bundesrat möge einen Geleitentwurf auf weiteren Ausbau des Koalitionsrechts der Arbeiter vorlegen. § 152 der Gewerbeordnung sei dahin abzuändern, daß er nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf Erhaltung bestehender Arbeits- und Lohnverhältnisse Anwendung finden könne. Ferner müsse dieser Paragraph ermöglichen, daß sich die Verabredungen und Vereinigungen der Arbeiter sowohl auf die individuellen Interessen der sich Vereinigenden oder

Verabredenden als auch auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen erstrecken dürfen.

Eine Begründung ist der Petition nicht beigegeben worden. Da jedoch der Reichstag wiederholt sich im Sinne des Petitionsausgesprochen und durch Annahme von Anträgen und Resolutionen festgelegt hat, nahm die Petitions-Kommission in ihrer Sitzung am 24. April 1913, indem sie über den Antrag des Korreferenten auf Ueberweisung zur Erwägung hinausging, ohne weitere Debatte einstimmig den Antrag des Referenten an und beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen:
die Petition II. Nr. 2558, betreffend weiteren Ausbau des Koalitionsrechts der Arbeiter, dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.
Berlin, den 19. Juni 1913.“

Können Krankenkassenbestimmungen rückwirkende Kraft haben? Ueber die Frage, ob ein Nachtrag zu einem Krankenkassenstatut auf einen bereits schwebenden Fall anzuwenden ist, fällt jüngst, wie wir dem „Korrespondent“ der Buchdrucker entnehmen, das Amtsgericht Düsseldorf eine beachtenswerte Entscheidung, die insoweit Rechtskraft erlangt hat. Ein Kassenmitglied erlitt einen Schlaganfall, wodurch der Betreffende vorläufiglich dauernd erwerbsunfähig wurde. Die Kasse gewährte ihm für 35 Wochen Krankenunterstützung, die sie später auf 39 Wochen ausdehnte. Einige Tage, nachdem der Erkrankte den Unfall erlitten hatte, genehmigte der Bezirksausschuß der Kasse einen Statutnachtrag, durch den die Gewährung der Krankenunterstützung auf 52 Wochen ausgedehnt wurde. Der Kranke forderte nun, daß die neuen Bestimmungen — zumal die längere Gewährung des Krankengeldes — auch auf seinen Fall angewendet würden. Der Oberbürgermeister als Aufsichtsbehörde gab dem Antrage statt, gegen welche Entscheidung die Kasse den Klageweg bestritt. Das Gericht hob die Entscheidung des Oberbürgermeisters auf. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß zur Zeit, als der Statutnachtrag in Kraft getreten sei, der Unterhaltungsanspruch des Beklagten schon durch die Bestimmungen des alten Statuts seine rechtliche Gestalt erfahren habe. Der Nachtrag hätte an diesem Unterhaltungsanspruch nur dann etwas ändern können, wenn er rückwirkende Kraft habe. Es ist aber nicht anzunehmen, daß ihm diese Wirkung ohne weiteres zuzueken, denn für diese Statuten, die nichts anderes sind als ein auf einen bestimmten Kreis von Menschen und auf bestimmte Lebensbeziehungen dieser Menschen beschränktes Gesetz, müßte dasselbe gelten, wie für die sonstigen allgemeinen Gesetze. Diese hätten aber, wie allgemein anerkannt, grundsätzlich keine rückwirkende Kraft. Somit dürfte sich empfehlen, in jeden Nachtrag eines Krankenkassenstatuts, womit Änderungen in den Unterhaltungsätzen verbunden sind, auch einen die augenblicklichen Krankheitsfälle betreffenden Passus aufzunehmen.

Ueber die Zahl der Staatsarbeiter und ihre Organisation hat der Reichstagsabgeordnete Weinhausen kürzlich in den „Dokumenten des Fortschritts“ Angaben gemacht, die umso wertvoller sind, als zusammenfassende Aufstellungen darüber bisher noch nicht existieren. Weinhausen weist darauf hin, daß noch vor 30 Jahren die Zahl der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter überaus gering war: 5000—6000 von der Forst-, Wege- und Wasserbauverwaltung ständig angestellte Staatsarbeiter, 14 000 preußische Bahnarbeiter, dazu einige Tausend Reichs-, Post- und Telegraphenarbeiter, einige Hundert großstädtische Gemeinbedarbeiter, das war alles. Gegenwärtig beschäftigt Preußen als größter Arbeitgeber der Welt rund 310 000 Eisenbahnarbeiter, 8000 Forstarbeiter, 2000 Wasserbauarbeiter, mit den auf fiskalischen Gruben beschäftigten Bergarbeitern mehr als eine halbe Million Arbeiter. In den Reichsbetrieben zählt man noch etwa 10 000 Telegraphenarbeiter, 12 000 Arbeiter bei den Reichseisenbahnen, rund 30 000 in den Militärverwaltungen und rund 26 000 auf den Werften. Bayern hat rund 35 000 Staatsarbeiter, Baden etwa 16 000, Sachsen 25 000, Württemberg etwa 18 000, Oldenburg und Mecklenburg etwa 5000.

Von diesen insgesamt 650 000 Staatsarbeitern, zu denen noch etwa 60 000 Gemeinbedarbeiter kommen, ist nur ein geringer Prozentsatz organisiert, zum Teil im Anschluß an die „freien“ Gewerkschaften, an unsere Gewerksvereine und an die christlichen Gewerkschaften. Daneben existieren einige

selbständige Verbände, wie der früher Trier'sche, jetzt Berliner Eisenbahnarbeiter- und Arbeiterverband und ähnliche Berufsvereine. Nebenfalls ist die Buntschichtigkeit der Organisationen noch größer als in der übrigen Arbeiterbewegung. Von eblischer, streng durchgeführter politischer und religiöser Neutralität bis zu dürftig verhältlicher Parteinahme für einzelne Parteien sind alle Strömungen in diesen Organisationen vertreten. Einige sind sie in dem Bunde, bei den Behörden und in der Öffentlichkeit anerkannt und einflußreich zu sein. Durch die gegenseitigen Reibereien haben sie sich selbst häufig am meisten.

Zweifellos würden die Staatsarbeiter am besten fahren, wenn sie sich zu einem gemeinsamen großen Verbande, nach Sektionen gegliedert, zusammenzuschließen, der auf neutralem Boden steht wie die Deutschen Gewerksvereine, eine Organisationsform, gegen die auch die Behörden nichts einzuwenden haben können.

Arbeiterbewegung. Der Färberstreik in Krefeld, der 17 Wochen gedauert hat, ist nunmehr von dem hauptbeteiligten Verband der Textilarbeiter für beendet erklärt worden. Die Aufhebung des Streiks hat zur Voraussetzung, daß die Arbeiter, die sich an dem Kampfe beteiligten, nicht gemahregelt werden. Die Streikbrecher sollen bereits das Feld ihrer Tätigkeit verlassen. — Da in der Textilindustrie in Bocholt (Westfalen) und Umgegend eine Einigung nicht erzielt worden ist, wurden am vergangenen Sonnabend 4000 Textilarbeiter ausgeperrt, denen am nächsten Sonnabend weitere 2500 folgen sollen. — Die Arbeitgeber der Spielwarenindustrie in Sonneberg haben beschlossen, die Ausperrung aufzubeheben. Nach Aufnahme der Arbeit soll ein Mindestlohn tarif festgelegt werden, der einige Lohnaufbesserungen und günstigere Arbeitsbedingungen enthalten soll. Wer von den streikenden und ausgeperrten Arbeitern die Arbeit nicht sofort aufnimmt, wird auf die schwarze Liste gesetzt und darf während der Dauer eines Jahres von den Arbeitgebervereinigungen angehefteten 66 Firmen nicht beschäftigt werden. — In Bretten (Baden) sind anlässlich des Streiks der Schleifer sämtliche Arbeiter der dortigen Drentieren- und Herbsfabrik ausgeperrt. — Der Streik der Maurer und Zimmerleute in Garzburg dauert noch fort. Die Arbeitnehmer haben das Angebot der Arbeitgeber auf Bemilligung von 47 Wfg. Stundenlohn abgelehnt und halten ihre Forderung von 49 Wfg. Stundenlohn aufrecht. — Die Zigarrenindustrie Badens verzeichnet mehrere Lohnbewegungen. Bei der Firma Agricola Söhne in Ladenburg streiken schon seit 5 Wochen die Sortierer. Anlaß hierzu gab die Herabsetzung der Sortierlöhne infolge Verwendung technisch verbesserter Einrichtungen. Die Zigarrenfabrikanten haben mit der Ausperrung geantwortet. — In Destrigen haben die Arbeiter von 11 Zigarrenfabriken eine Lohnbewegung eingeleitet. Sie verlangen eine allgemeine Lohnerhöhung, was die Zigarrenfabrikanten abgelehnt haben.

Für die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge urcht ein Urteil, das das Kammergericht in Berlin vor kurzem gefällt hat. Es handelt sich dabei um eine Entscheidung des Berliner Landgerichts, gegen welche das Kammergericht als Berufungsinstanz angerufen worden war. Das Landgericht hatte den Grundabgesehen stellt, daß ein zwischen der Organisation der Unternehmer und Arbeiter abgeschlossener Tarifvertrag zwar die Organisation, nicht aber die einzelnen Mitglieder zur Einhaltung verpflichtet, selbst wenn diese in ihrer Eigenschaft als Mitglieder dem Abschluß des Tarifvertrages zugestimmt haben. Denn eine Abstimung als Vereinsmitglied beziehe sich nur auf den Verein, nicht aber auf die Rechte des einzelnen Mitgliedes. Vor allem sei aber kein Mitglied einer Organisation nach Aufgabe seiner Mitgliedschaft noch zur Einhaltung des Tarifvertrages verpflichtet.

Das Kammergericht hat diese Ausführungen des Landgerichts als berechtigt anerkannt. Gegen das Urteil ist die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen worden, und man darf nunmehr gespannt sein, ob auch diese Instanz den früheren Entscheidungen beitreten wird. Sollte es der Fall sein, so wäre damit festgelegt, daß kein einziger bisher abgeschlossener Tarifvertrag für die Mitglieder mehr rechtsverbindlich ist. Damit wäre dann von neuem ein Anlaß gegeben zu der Forderung, den Berufsvereinen die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen durch Verleihung der Rechtsfähigkeit auf dem Wege der Reichsgesetzgebung,

zu ermöglichen. Ein solcher Gesekentwurf wurde schon im Jahre 1906 dem Reichstage vorgelegt; seine Verabschiedung scheiterte aber an dem Widerstande der Mehrheit des Reichstages gegen die in der Vorlage enthaltene zivilrechtliche Fassung der Berufsorganisationen. Da die Reichsregierung nach allen inzwischen abgegebenen Erklärungen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine ohne die zivilrechtliche Fassung als unannehmbar bezeichnet hat, dürfte leider auch ein neuer Gesekentwurf keine Aussicht auf Annahme im Reichstage haben.

Was an den deutschen Naturforschern verdient wird. Der Zwickauer Oberhobndorfer Steinkohlenbau-Verein wurde im Jahre 1837, der Zwickauer Steinkohlenbau-Verein im Jahre 1854 gegründet. Der Zwickauer-Oberhobndorfer Steinkohlenbau-Verein verfügt über 765.600 Mk. und der Zwickauer Steinkohlenbau-Verein über 345.000 Mk. Aktienkapital. Nach sehr reichlich bemessenen Abzweigungen und Rückstellungen ergab sich bei diesen Gesellschaften im letzten Jahre noch ein Gewinn von 791.957 Mk. resp. 487.015 Mk. Die zur Ausschüttung gebrachte Dividende stellte sich beim Zwickauer-Oberhobndorfer Steinkohlenbau-Verein auf 93,94 Proz., wie im Vorjahre. Der Zwickauer Steinkohlenbau-Verein verteilte 137,68 Proz. Dividende gegen 123,2 Proz. im Vorjahre. Die Aktien dieser Gesellschaften werden an den Börsen zu Leipzig und Zwickau gehandelt. Am Ende des vorigen Geschäftsjahres wurden die auf 110 Taler lautenden Anteile des Zwickauer-Oberhobndorfer Steinkohlenbau-Vereins mit 3650 Mk. bezahlt. Die zum Nominalbetrage von 46 Talern ausgegebenen Aktien des Zwickauer Steinkohlenbau-Vereins kosteten gleichzeitig 1580 M.

Friedrich Raumann ist wieder in den Reichstag gewählt worden. In Walded. Wymont mußte eine Nachwahl stattfinden, weil die Wahl des bisherigen antijemittischen Vertreters zum Reichstage für unzulässig erklärt worden ist. Nach einem außerordentlich heftigen Kampfe, in welchem seine Gegner auch vor den niedrigsten Mitteln nicht zurückschreckten, hat Friedrich Raumann den Sieg davon getragen. Wir begrüßen dieses Ergebnis deshalb mit freudiger Genugtuung, weil mit ihm nicht nur ein wirklich freiheitlich denkender Mann wiederum in das Reichs-parlament einzieht, sondern vor allen Dingen auch ein aufrichtiger und entschlossener Freund der Arbeiter, der namentlich auch den Bestrebungen der Organisationen Verständnis und Interesse entgegenbringt. Für die Deutschen Gewerbevereine insbesondere war Friedrich Raumann stets zu haben, so daß mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß auch in der Zukunft unsere Sache mit Entschiedenheit vertreten wird. Wenn wir es tief bedauern müssen, daß aus unsern eigenen Reihen kein Vertreter dem Reichstage angehört, so ist es um so wertvoller für uns, wenn so entschiedene Förderer unserer Bestrebungen wie Raumann, Weinhausen und andere, die wir nicht im einzelnen aufzählen wollen, für die Forderungen der auf freiheitlich nationalem Boden stehenden Arbeiter eintreten.

Ein schwerer Verlust für die württembergische Arbeiterkammer bedeutet der vor kurzem erfolgte Tod des Gewerbeinspektors Raurats Gardegg, der zwei Jahrzehnte sein Amt ausgeübt und die gesamte württembergische Gewerbeinspektion stark beeinflusst hat. Den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen stand er freundlich gegenüber. Er war von ihrer Bedeutung fest durchdrungen und machte aus diesen Anschauungen kein Geheul. Das kam u. a. auch zum Ausdruck auf der Landesversammlung unserer württembergischen Ortsvereine in Geislingen a. N. im Jahre 1911, auf der er als Vertreter der württembergischen Gewerbeinspektion anwesend war und die Gelegenheit benutzte, dem Schreiber dieser Zeilen seine Anerkennung über die Bestrebungen der Arbeiterberufsvereine und insbesondere der Deutschen Gewerbevereine auszusprechen. Den Scharfmachern war ein solcher Mann natürlich ein Dorn im Auge, und verständlich haben sie versucht, ihn bei der Behörde anzuschwärzen. Erfreulicherweise besaß die württembergische Regierung stets soviel soziales Verständnis, daß sie den Denunziationen kein Gehör schenkte und ein Einschreiten gegen den mitleidigen Gewerbeinspektor ablehnte. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß der Nachfolger Gardegg der Arbeiterbewegung ebenso vorurteilslos gegenübersteht und alles auf-

bietet, daß die so wünschenswerten guten Beziehungen zwischen Gewerbeinspektion und Arbeiterorganisationen aufrecht erhalten bleiben.

Ein Nachspiel zum ober-schlesischen Bergarbeiterstreik. Die Freitagsagung des Reichstages begann mit einer kurzen Anfrage der Polen. Sie lautete:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß der Ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein zu Katowitz nach dem letzten Bergarbeiterstreik über Arbeiter die Arbeitsausperrung auf drei Monate bei 1500 Mark Konventionalstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall verhängt hat, und zwar so, daß Grubenarbeiter weder auf Gruben, noch auf Hütten und Fabriken, ja sogar bei den Mitgliedern des Vereins abwesenden Unternehmern keine Arbeit erhalten, obwohl Tausende von ausländischen Arbeitern auf den Industriewerken tätig sind und fortwährend neue eingestellt werden? Ist dem Reichskanzler insbesondere bekannt, daß die Königlich preussische Bergwerksdirektion Zugabe diesem Beschlusse antwortend handelt? Was gedenkt der Reichskanzler zum Schutz der einheimischen Arbeiter gegen die, der Reichsgewerbeordnung widerstreitige Maßnahmen zu tun?

In seiner Antwort erklärte der Ministerialdirektor Dr. Caspar, daß eine Arbeitsausperrung auf drei Monate nicht verhängt worden sei. Der Berg- und Hüttenmännische Verein zu Katowitz habe sich vielmehr in seiner Sitzung vom 9. Mai d. J., und zwar ohne Festlegung einer Konventionalstrafe, nur dahin verständigt, diejenigen Arbeiter, die auf der bis zum Beginn des Ausstandes von ihnen benutzten Arbeitsstelle infolge des Streiks abgekehrt und nach Beendigung des Ausstandes dort nicht wieder angeleitet waren, vor der Hand auch auf einer andern Grube dieses Bezirks nicht wieder zur Arbeit aufzunehmen. Diesem Vorgehen habe sich auch die Königlich Gewerbeinspektion zu Zabrze angeschlossen. Diefelbe sei aber vom Handelsminister dahin verständigt worden, daß eine solche Ausperrungsabrede nach mehrfachen höchststrichterlichen Entscheidungen dann zu beanstanden sei, wenn die Zeit, für welche die Sperre gilt, eine unverhältnismäßig lange Dauer gegenüber dem Maße des Verdienstes aus seitens des betreffenden Arbeiters zeigt und dadurch zu einer, wenn auch nur vorübergehenden, völligen Niederdrückung seiner wirtschaftlichen Existenz zu führen geeignet ist. Infolgedessen habe die Königlich Bergwerksdirektion jede weitere Beschränkung in der Annahme von Arbeitern auf ihren Anlagen fallen lassen. Auf den übrigen ober-schlesischen Bergwerken sei die erwähnte Sperre seit dem 1. Juni d. J. aufgehoben. Sie habe also nicht länger als zwei Wochen gedauert.

Schade, daß sich an solche kurzen Anfragen im Reichstage keine Debatte anschließen darf! Sonst hätte man den Herren Grubenmagazinen sicherlich einmal recht deutlich vor Augen geführt, wie brutal ihr Verhalten den armen ober-schlesischen Bergleuten gegenüber ist, selbst wenn die Ausperrung „nur zwei Wochen“ gedauert hat. Daß sich eine preussische Bergwerksverwaltung überhaupt einer solchen Ausperrung angeschlossen hat und von dem Minister erst auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht werden mußte, ist auch bezeichnend für den Geist, der in der Königlich Bergwerksdirektion zu Zabrze herrscht.

Ueber die Geldquellen der Gelben gab erneut eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht zu Chemnitz Aufschluß. Mit einem hohen Aufwand von sittlicher Entrüstung leugnen die Gelben es bekanntlich ab, daß sie von dem Gelde der Unternehmer ausgehalten werden. Man schämt sich offenbar dieser Tatsache. Bei den organisierten Arbeitern freilich haben diese Abkugnungsversuche niemals Eindruck gemacht. Man weiß nur zu genau, daß die Unternehmer es sich ein schönes Stück Geld kosten lassen, um sich eine allzeit gefügige Schuttruppe zu sichern.

In dem Chemnitzer Fall klagte ein Arbeiter, der beim Arbeitsantritt wohl oder übel dem gelben Werkverein hätte beitreten müssen, auf Herausgabe der ihm gezugsunermachten abgehaltenen Beiträge. In der Verhandlung behauptete der Vertreter der Firma, daß diese dem Verein schon 25.000 Mark akkumuliert habe, der gelbe Verein sei eine Wohlfahrtseinrichtung des Werkes. Daß die Firma den genannten Betrag gezahlt hat, glauben wir ohne weiteres. Daß aber der Werkverein eine Wohlfahrtseinrichtung ist, stimmt auf keinen Fall. Dazu kennt man diese Einrichtungen denn doch zu gut. Höchstens ist er eine Wohlfahrtseinrichtung

für die Unternehmer; für die Arbeiter bedeutet er eine lästige Fessel.

Ein Urteil wurde noch nicht gefällt, sondern vertagt. Man darf auf seine Verkündung gespannt sein.

Die Lohnämter für die Heimindustrie scheinen sich in England gut zu bewähren, denn für immer neue Industrien werden die Lohnverhältnisse durch sie geregelt. Während bisher nur 4 Gewerbegebiete dem Lohnämtergesetz unterstellt waren, soll nach einem dem Unterhause vorgelegten Entwurf das Gesetz auf weitere Industrien ausgedehnt werden, und zwar auf die Zuckerbäckerei und Nahrungsmittelfabrikation, auf die Schirmenfabrikation, die Herstellung von Zinn- und Emailgeschirr, die Leinen- und Baumwollspinnerei und auf das Mangeln und Blätten in Dampfwäschereien.

Das Lohnamt für die irische Papier- und Buchdruckindustrie hat außerdem einen Erfolg veröffentlicht, wonach die im November v. J. aufgestellten Lohnsätze mit dem 5. Mai 1913 Rechtskraft erlangt haben. Der Mindestlohnlohnlohn für erwachsene weibliche Arbeiter beträgt danach 23 Pfennig; für weibliche Jugendliche ist ein abgestufter Wochenlohn von 4-10,50 Mk. bei einer 52stündigen wöchentlichen Arbeitszeit festgesetzt. Auch die im Januar veröffentlichten Löhne für männliche Arbeiter dieser Industrie haben am 6. Juni die Rechtsverbindlichkeit erhalten. Sie betragen für erwachsene Arbeiter 50 Pfa. Stundenlohn, für Lehrlinge 4,50 Mk. Wochenlohn bei 52 Stunden Arbeitszeit.

Die neufestgesetzten Löhne erscheinen auf den ersten Blick recht niedrig. Man muß aber bedenken, daß vor Festsetzung derselben durch die Lohnämter noch viel traurigere Zustände in den betreffenden Industrien geherrschten haben. In der Zuckermaschinenindustrie z. B. verdienen nach dem letzten Regierungsberichte 40 Proz. der Arbeiterinnen weniger als 10 Mark die Woche. Dabei sind diese Ziffern nur von demjenigen Teil der Arbeitgeber geliefert worden, der glaubte, sich vor der Defensivität damit nicht schämen zu brauchen. In der Herstellung von Kochgeschirr werden sehr viele Frauen und Mädchen beschäftigt, die vor einigen Monaten einen heftigen Kampf für einen Mindestlohn bestanden haben. Man hofft in ihren Kreisen, daß die neuen Lohnämter den erungenen Minimallohn bald erhöhen werden. Was aber ein weiterer Vorteil der Errichtung dieser Lohnämter ist, das ist die zu konstatierende Tatsache, daß das Zusammenwirken der Arbeiter darin zur Bildung und zur Stärkung der Organisation geführt haben. Die Konfektionsarbeiter in Leeds haben es dadurch durchgesehen können, daß die Minimallöhne für Männer auf 34 Mk. pro Woche und der Stundenlohn für Frauen auf mindestens 33 Pfa. erhöht wurde. Durch die Neuerrichtung von Lohnämtern wird also der Organisationsgedanke weiter gefördert und gestärkt und damit eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt werden.

Gewerbevereins-Zeile

§ Berlin. O.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Die Versammlung vom 14. Juni nahm eine Resolution an, in welcher sie mit dem Vortrag des Kollegen Gleichauf über den Verbandstag zustimmt und sich dafür erklärt, daß sie voll und ganz mit den Ausführungen des Kollegen Gleichauf im Referat: Arbeiter und Großunternehmern, einverstanden ist, nicht bedauert, daß die Regierungsvorrede den Saal verlassen haben. Mob. Ripke, Schriftführer.

§ Breslau. Der Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine Hirsch-Dunker von Breslau und Umgebung hielt am 18. Juni im Unionaal eine Mitgliederversammlung ab, die der Vorsitzende Märzländer mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnete. Der Ortsverband gründet jetzt eine Jugendorganisation, was freudig begrüßt wurde. Beschllossen wurde, die Ortsverbandsbeiträge auf das Doppelte zu erhöhen. Diese Erhöhung der Ortsverbandsbeiträge geschieht selbstverständlich nicht auf Rechnung der Gewerbevereine, weil dies nach dem Verbandsstatut unzulässig wäre. Red. d. Gewerbevereine: Bezirksleiter Köthner hielt einen Vortrag über: „Die Wahlen zu den Krankenkassen nach der Reichsversicherungsgesetzgebung“ und forderte zu reger Beteiligung an den Wahlen auf. Auch die Breslauer Arbeitslosen und der Streik bei Rinke-Gosmann waren Gegenstand von Erörterungen. B. J.

§ Pöhlitz (Schlesien). Am 15. Juni fand die erste Versammlung des neugegründeten Ortsverbands der Steinarbeiter in Rhonitz statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Gründung einer Rechtsauskunftsstelle, die Vorstandswahl und ein Vortrag des Verbandskollegen Schod. Diegenitz über die kahnredende Tätigkeit der Deutschen Gewerbevereine. Die Versammlungen sollen wechselweise in den verschiedenen

zum neuen Ortsverband gehören Ortsvereine stattfinden. In den Ortsverbandsauschüssen sollen von jedem Ortsverein zwei Vertreter gewählt werden. Jeder die Gründung einer Rechtsanwaltsstelle referierte Kollege Stande-Großföden, der die Notwendigkeit einer solchen Stelle überzeugend darlegte. Die Sache wurde zunächst an den Ortsverbandsauschuss behufs weiterer Vorbereitung zurückgewiesen, und soll in der nächsten Versammlung weiter darüber verhandelt werden. In den Ausschuss des Ortsverbandes wurden gewählt die Kollegen Gustav Tischentlicher, Vorsitzender, Herzogswaldau; Aug. Knoll, Stellvertreter, Rhönstodt; Heinrich Jakob, Kassierer, Gäßlicht, und Hermann Kramer jun., Schriftführer, Gäßlicht. Der Sitz des Ortsverbandes soll Gäßlicht sein. Der Vortrag des Verbandskollegen Schoch bewies aus der langen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß die Gewerkschaften sich als die eigentlichen Pioniere der Berufsorganisation der Arbeiter erwiesen hätten. Die Gewerkschaften waren führend für den Geist, der allmählich in der gesamten Arbeiterbewegung praktischen Boden gefunden hat. Die Tarifverträge seien früher von den sozialdemokratischen Verbänden verhängt worden. Die Gewerkschaften hätten aber daran festgehalten, und jetzt treten auch die „Zielbewußten Klassenkämpfer“ für die Verhandlung mit den Unternehmern und für Tarifverträge ein. Auf dem Gebiete der gegenseitigen Hilfe in den Arbeitervereinen hätten die Gewerkschaften gleichfalls die wichtigste Pionierarbeit geleistet. Auch hierfür seien zunächst die Gewerkschaften führend und verpönt worden als „Unterstützungsvereine“. Der Gedanke der gegenseitigen Hilfe durch die Organisation sei aber so stark gewesen, daß er auch die gewerkschaftlichen Organisationen in seinen Bann habe ziehen können. Der Redner wies auf den erfolgreichsten letzten Verbandstag der Gewerkschaften hin und forderte alle Verbandskollegen auf, energisch in der Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein, damit der segensreiche Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiterbewegung immer kraftvoller zum Ausdruck gebracht werden könnte. Der Vortrag fand vielen Beifall. Der Vorsitzende richtete die dringende Mahnung an die Anwesenden, immer recht zahlreich in die Versammlungen zu kommen, damit der Ortsverband mit vollem Erfolg für die gesamte Organisation der Gewerkschaften wirken könne. Mit einem Hoch auf den neugegründeten Ortsverband wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Verbands-Zeile

Frauen-Begräbnisstätte des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.).
Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts, Absatz 4 machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Frauen-Begräbnisstätte des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften aus der Rasse endgültig ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb 4 Wochen die rückstehenden Beiträge zahlen.
Bauhandwerker: Charlottenburg (früher Posen) Nr. 2461. **Fabrik- u. Handarbeiter:** Scherfeld Nr. 4082, Berlin VIII Nr. 4074, Nr. 4075. **Maler u. Graphische Berufe:** Saarbrücken Nr. 3817. **Kaufleute:** Einzelmitglieder Nr. 3604, Nr. 3701. **Maschinenbau-**

und Metallarbeiter: Einzelmitgl. Nr. 970 (früher Geislungen). **Vorgeklärter:** Althaldensleben Nr. 1249. **Schneider:** Berlin Nr. 3285, Nr. 4023, Breslau II Nr. 3857, Nr. 3858, Leipzig Nr. 2744, Stettin Nr. 4064, Nr. 4146. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Gneisen Nr. 3935, Graubenz Nr. 3398, Lübbenau Nr. 4032, Nr. 4034, Weihenfeld Nr. 3650, Einzelmitgl. Nr. 2381 (früher Paderborn). **Textilarbeiter:** Weihenfeld Nr. 3827. **Töpfer:** Bitterfeld Nr. 3300, Nr. 3755, Jägerhof Nr. 3846. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Jagen Nr. 3325, Nr. 3327, 3338.

Berlin, den 23. Juni 1913.
R. Klein, F. Neufeldt,
Verbandskassierer, Hauptkontrollent.

Arbeitersekretariat Nürnberg und Umgegend.

Das Arbeitersekretariat der Gewerkschaften befindet sich ab 1. Juli 1913 Aufseßplatz 12 nächst dem Hauptbahnhof. Telefon 6935.
Dortselbst für alle Kollegen Arbeitsnachweis.

§. Schnitzler, Arbeitersekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr mangellose Zusammenkunft im Verbandsbureau. **Gewerkschaften-Richtertafel (G.-D.)** 3. den Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Uerungsstunde in Verbandsbureau d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal) Gäste wül. — Sonnabend, 28. Juni. **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr bei Gutzeit, Bergstraße 69. **Berfaltungangelegenheiten.** — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr bei Gutzeit, Bergstraße 69. **Berfaltungangelegenheiten.** 36 a. **Orts- und Regionalverbände.** — **Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in Burhop's Spieltheaterhaus, Bremen, Reffenstraße. **Leipzig (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Konstantin Sandowert, 42. **Deffau.** Gewerkschaften-Richtertafel jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr Uerungsstunde. **Berlin, Märktstr.** **Scherfeld-Bremen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Scherfeld, Eulsenstr. und Erholungsstr.-Ecke. **Frankfurt a. O. (Gewerkschaften-Sängerchor).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Uerungsstunde im Vereinslokal, Richterstr. 16. **Verbandskollegen** herzl. willkommen! **Seifenkochen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. **Jeber ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Diskussionsstunde im Lokal von G. Simon, Alter Markt.** **Garmisch-Partenkirchen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr Diskussionsabend bei Lubwig. **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 Uhr im Restaurant „Richtertafel“, Lagerstraße 2. **Diskussionsabend.** **Hamburg (Gewerkschaften-Richtertafel).** Jeden Donnerstag, Uerungsstunde, d. Löhner in Altona, Elmstedterstr. 48-50. **Herne (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung

b. Dr. Wilsch, Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber, der evang. Kirche. — **Nierstein.** Diskussionsabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. — **Köln (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreter-Sitzung in der Kers. Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerkschaften-Richtertafel).** Die Uerungsstunden finden jeden Mittwoch ab-rds. 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Waldheim-Nahe.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Köhler, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften).** Die Uerungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich wül. — **Stettin (Ortsverb.).** Diskussionsklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr d. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Teigel (Diskussionsklub für Teigel, Borfingwalde u. Reutendeborf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn (Väder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. — **Uckermark u. Umg. (Ortsverband).** Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 2½ Uhr Sitzung in Goppenswalde. Tages-Ordnung: Agitation und Agitationsfest. — **Weihenfeld a. S. (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkschaften).** Uerungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. **Uesangliebende Gewerkschaften** stets willkommen. — **Weihenfelds (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Rheinthal“.

Uerungen bzw. Ergänzungen zum Uerungsverzeichnis.

Uinden (Ortsverb.) der Fabrik- und Handarbeiter). **Wilm in Straßmann, Schriftf., Kampenstr. 15 I.** **Mühlheim-Nahe (Ortsverb.)** der Fabrik- u. Metallarbeiter). **§. Püpfeler, Schriftführer, Sedanstr. 21 a.**

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.

Genauere Uesprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Jahrbuch der Angestelltenbewegung. Herausgegeben von W. Stiel und E. Steiniger. 7. Jahrgang. 1. Heft. Das Jahrbuch erscheint in vier Heften. **Uesangspreis 8 Mk.** Einzelne Hefte 1,50 Mk. Industriebeamtenverlag, G. m. b. H., Berlin NW. 52.

Die Entwicklung der Gewerkschaft in Deutschland. Von Dr. Stephan Boercher. Preis 2 Mk. 6.—. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Kritische Uesamenschichte des Uernen Lohngesetzes. Von Dr. Max Schrey. Preis 3,50 Mk. Verlag von Gustav Fischer, Jena.

Der gewerkschaftliche Arbeitsvertrag. Von Dr. phil. et oec. publ. Franz Johnbrecher, Syndikus des Uerbandes Bayerischer Metallindustrieller in Nürnberg. Preis 1,00 Mk. Verlag der Hof. Köpplerschen Buchhandlung in Kempten und München.

Bibliographie der Sozialwissenschaften. Herausgegeben im Auftrag des Reichsanwalts des Innern von Professor Dr. Georg Raas, Bibliothekar des Reichsanwaltsgerichts. Schriftleitung Dr. Otto Waldhäufig. Jahrbuch 24. Heft. Preis des Jahrgangs 2 Mk. 34.—. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Anzeigen-Zeile

Insertate werden nur gegen vorherige Uesahlung aufgenommen.

Die Ortsverbands- und Ortsvereins-Vorsitzenden von Rieber-schleffen und der Rauff, welche zu dem am 5., 6., 7. Juli stattfindenden Agitationsfest Einladungen erhalten haben, möchten sobald als möglich die Zahl der Mitglieder angeben, welche an der Tafel teilnehmen wollen, auch die, welche sich zur Beteiligung noch nicht angemeldet haben, möchten dies sobald als möglich tun.
Das Komitee. S. A.: §. Walter.

Neu erschienen und vom Verbandsbureau zu beziehen sind die Broschüren:

Was der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß.
Vom Verbandsredakteur Leonor Lewin.

Meine Ansprüche aus der Unfallversicherungsgesetzgebung.
Von Anton Erkelenz.

Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.
Vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt.

Jeder Gewerkschafter sollte schon im eigenen Interesse sich in den Besitz dieser Schriften setzen. Preis pro Exemplar 30 Pf., 10 Stück kosten 2,50 Mk., 20 Stück 4,75 Mk. Uesellungen sind unter gleichzeitiger Einreichung des Betrages zu richten an den Verbandskassierer **Kaufhof Klein, Berlin SO. 55, Weißswalderstr. 221/28.**

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkschaftsmitglieder wird ausgezahlt bei **§. Schneider, Bföhnerstr. 62.**
Thorn. Durchreisende erhalten Unterstützung an wandernde Kollegen bei **Ernst Rößler jun. in Scheibenberg, Ralghausstr. 62.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Bitterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgefchenk von 75 Pf. bei dem Ortsvereinskassierer ihres Berufs; sind Berufs nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer **D. Eppendorff, Neuß. Bismarckstr. 10.**

Elbing (Ortsverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten an Reiseunterstützung 75 Pf. bei **§. Zimmermann, Trupfstraße 17.**

Sachsen i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer **§. Walter, Regenröderstraße 49.** Anweisungen sind bei dem Vereinskassierern zu haben.

Oberergerbergischer Ortsverband, Sitz Oelschlag. Unterstützung an wandernde Kollegen bei **Ernst Rößler jun. in Scheibenberg, Ralghausstr. 62.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Fr.-Stargard (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten 0,50 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer **§. Herrmann, Markt 32.**

Naumburg, O.-Schl. (Ortsverb.). durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer **Ernst Stang, Salzstr. 17.**

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen **Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22** im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich **Elisabethstr. 49 (Jägers Gastwirtschaft).**

Nierstein (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Diskussionsgefchenk von 1 Mk. bei **§. Erpf, Elisabethstr. 82.**

Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen oder Berufs erhalten ein Ortsverbandsgefchenk von 75 Pf. im Lokal von **W. Schneiderath, Rolke- und Bismarckstr.-Ecke.**

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer **Friedrich Wunder, Sternstr. 58.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An durchreisende Unterstützungs-Markten in Altwasser bei **Rudolf, Freiburgerstr. 29,** und in **Badolzig, Bismarckstr. 29,** und in **Waldenburg bei Eempte, Gottesbergerstr. 3.** **Herbergen in Altwasser: Galtzoff, Schwarzer Adler, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.**